Sprachprobleme, Behandlungsverweigerung ...

Hat Ihr Patient Sie wirklich verstanden?

Immer wieder kommen Patienten in die Praxis, mit denen sich die Verständigung schwierig gestaltet. Teils handelt es sich um Migranten, für die man einen Dolmetscher bräuchte, teils um Leute, die die Notwendigkeit einer dringlichen Behandlung nicht einsehen wollen. Im folgenden Beitrag finden Sie Tipps, wie Sie sich verhalten sollten.

— Patienten können manchmal ganz schön schwierig sein. Nicht weil ihr Befund so kompliziert ist, sondern weil die Kommunikation mit ihnen gestört ist. Dazu gehören etwa Ausländer, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Oder auch Patienten, die eine erforderliche Behandlung ablehnen oder nicht aufgeklärt werden wollen.

Verzwickelt wird die Situation, wenn es sich bei dem Patienten um ein Kind handelt, für dessen Behandlung die Eltern die Einwilligung verweigern oder die sich nicht einig sind. In solchen Fällen muss das Vormundschaftsgericht benachrichtigt werden, erklärte der Münchner Rechtsanwalt Dr. Philip Schelling beim 13. Münchner Abend-symposium „Medizinrecht“ der Kanzlei Ulsenheimer und Friedrich.

Behandlungsverzicht dokumentieren

Auch bei erwachsenen Patienten, die eine Behandlung ablehnen, gerät der Arzt in einen Konflikt zwischen seinem Heilauftrag und dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten. Vorrang hat dabei immer das Selbstbestimmungsrecht, sodass der Arzt eine Behandlung unterlassen muss. Der Arzt sollte aber den Patienten nicht einfach von dannen ziehen lassen. Vielmehr muss der Vorgang in der Patientenakte dokumentiert werden. Falls es sich um eine dringliche Behandlung handelt, empfiehlt es sich sogar, vom Patienten eine Erklärung unterschreiben zu lassen.

Schwierig können auch Patienten sein, die keine Aufklärung haben wollen. „Ein Blankoverzicht auf Aufklä-

Foto: Arteria Photography

◀ Ob diese Patientin wohl alles versteht, was die Ärztin ihr sagen will?

Streitfall als Aufklärungsmangel mit entsprechenden juristischen Konsequenzen gewertet werden. Der Eingriff wäre dann rechtswidrig.

— Zur Unterstützung kann der Arzt eine sprachkundige Person hinzuziehen, die dem Patienten eine laienhafte Erklärung geben kann. Ein Dolmetscher ist nicht zwangsläufig erforderlich. Vorsicht sei jedoch geboten, wenn es sich dabei um Angehörige oder Freunde des Patienten handelt, meinte Schelling. Denn wenn es zum Streit über Art und Inhalt des Aufklärungsgesprächs kommt, sagen diese als Zeugen gegen den Arzt vor Gericht nicht unbedingt die Wahrheit.

Bei Ausländern, die nur gebrochen Deutsch sprechen, muss sich der Arzt vergewissern, dass er verstanden wird. Fehlende Sprachkenntnisse können im

—

JÜRGEN STOSCHEK ■

Kinderärztin auf Schmerzensgeld verklagt

Therapieverweigerung mit bösen Folgen

Welche Folgen es haben kann, wenn man sich den Anruf beim Vormundschaftsgericht spart, zeigt folgender Fall:

Einer Kinderärztin wurde von den Eltern ein sechsjähriges Mädchen mit schweren Verbrennungen in die Praxis gebracht. Eine stationäre Versorgung lehnten die Eltern ab, forderten aber eine ambulante Behandlung.

Weil sich die Ärztin nicht über den Willen der Eltern hinwegsetzen will, willigt sie in die ambulante Behandlung ein, verlangt aber, dass das Kind ihr jeden Tag vorgestellt wird. Nach einiger Zeit kommen die Eltern nur noch sporadisch, der Zustand des Kindes verschlimmert sich. Schließlich stimmen die Eltern doch einer Einweisung ins örtliche Krankenhaus zu, von dem aus

das Mädchen sofort in ein Zentrum für Brandverletzte überwiesen wird.

Offenbar erkennen die Eltern erst jetzt den Ernst der Situation, berichtete Schelling. Die Eltern erstatten gegen die Kinderärztin Strafanzeige wegen Körperverletzung. Einen Strafbefehl über 2000 Euro akzeptiert die Ärztin, weil sie das Aufsehen einer öffentlichen Hauptverhandlung vermeiden will.

Damit ist der Fall aber noch nicht abgeschlossen, berichtete Schelling. Denn ein Jahr später wollen die Eltern, die inzwischen wegen Verletzung ihrer elterlichen Pflichten verurteilt sind, offenbar aus dem Leid ihrer Tochter noch Kapital schlagen und verklagen die Kinderärztin auf Zahlung von Schmerzensgeld.